NACHRICHTEN AG

10. Juni 2025

Grenzkontrollen: Merz warnt vor Bürgeraktionen und fordert Rechtssicherheit

Bundeskanzler Merz weist Bürgerkontrollen an Grenzen zurück, fordert klare Politik in der Asylfrage nach aktuellen Konflikten.

Ter Apel, Niederlande - Inmitten der anhaltenden Debatte über die Asylpolitik in Deutschland hat Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) die Möglichkeit von eigenmächtigen Grenzkontrollen durch Bürger als rechtswidrig bezeichnet. Dies äußerte er nach einem Treffen mit dem niederländischen Ministerpräsidenten Dick Schoof. Merz stellte klar, dass er keine Anzeichen für solche Kontrollen an den deutschen Grenzen sieht und erwartet, dass die Behörden entsprechende Aktionen unterbinden werden. Diese Diskussion folgt auf Vorfälle in den Niederlanden, wo Bürger am Pfingstwochenende Fahrzeugkontrollen an der Grenze organisiert hatten.

Die Kontrollaktionen an der Bundesstraße 408, die nach Ter Apel führt, hatten zum Ziel, die Einreise von Asylbewerbern zu verhindern. Teilnehmer waren mit Warnwesten und Lampen ausgestattet und stoppte Fahrzeuge. Am Sonntagabend intervenierten sowohl die deutsche als auch die niederländische Polizei, um eine erneute Kontrollaktion abzuwenden. Dutzende Niederländer hatten sich an der Grenze gesammelt, während die Polizei die Identität der Beteiligten feststellte. An diesem Punkt brach die niederländische Regierung am Dienstag im Streit über eine härtere Asylpolitik auseinander. Dies unterstreicht die Spannungen in der europäischen Asylpolitik, auf die auch Merz hinwies, indem er die Notwendigkeit europäischer Zusammenarbeit betonte.

Rolle des neuen Innenministers

In einem weiteren Kontext wurde Alexander Dobrindt (CSU) am Mittwoch neuer Bundesinnenminister. Dobrindt plant, die Kontrollen an den deutschen Außengrenzen zu verstärken. Derzeit sind 11.000 Beamte im Einsatz, eine Zahl, die um bis zu 3.000 Bundespolizisten erhöht werden soll. Zudem kündigte er an, Zurückweisungen von Migranten in Asylfällen vorzunehmen und hob eine frühere Weisung aus dem Jahr 2015 auf, die dies teilweise ausgeschlossen hatte. Diese Maßnahmen kommen, während Polens Ministerpräsident Donald Tusk die deutschen Grenzkontrollen kritisierte und betonte, dass diese insbesondere an den Außengrenzen der EU gelten sollten.

Die aktuelle Asylpolitikwelle wird zudem von politischen Reaktionen begleitet. Merz, Vorgänger Olaf Scholz wurde von Merz für seine Untätigkeit in der Asylpolitik kritisiert. Diese öffentlichen Äußerungen spiegeln eine tiefgreifende Auseinandersetzung innerhalb der Koalition wider, die auch von den Fraktionen der Grünen und der SPD kommentiert wird. Katharina Dröge (Grüne) warf Merz unkoordinierte Umsetzungen der Grenzkontrollen vor. Dirk Wiese (SPD) unterstützte die neue Asylpolitik, wies aber auch auf die Notwendigkeit juristischer Überprüfungen hin.

Einblick in die Statistiken

Im Hinblick auf die Zahlen lässt sich feststellen, dass die Bundespolizei im Oktober 2023 etwa 7.000 unerlaubte Einreisen registrierte. Im Vergleich dazu lag diese Zahl im gleichen Zeitraum 2024 nur bei 600. Während die Kontrollen an der Grenze zu Österreich seit 2015 etabliert sind, gingen die unerlaubten Einreisen im Jahr 2024 auf etwa 83.500 zurück, nach einem Spitzenwert von 130.000 im Jahr 2023. Die Kontrollen werden voraussichtlich auch weiterhin die täglichen Abläufe und Wartezeiten für Grenzpendler beeinflussen.

Insgesamt stehen die neuen Maßnahmen und die gegenwärtige politische Debatte in Deutschland vor der Herausforderung, sowohl die Sicherheit an den Grenzen zu gewährleisten als auch humanitäre Verpflichtungen zu beachten. Gerade vor dem Hintergrund der angespannten politischen Verhältnisse in den Nachbarländern ist eine koordinierte europäische Haltung gefragt.

Details	
Vorfall	Vandalismus
Ort	Ter Apel, Niederlande
Quellen	• www.welt.de • www.spiegel.de • www.sueddeutsche.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.net